



Verwaltungsstandpunkt

zu Antrag Nr. V/A 497 vom 19.12.2013 eingereicht von Fraktion "DIE LINKE"

Dienstberatung des Oberbürgermeisters

Datum: 19.05.2014 TOP: 8.8 vertagt auf:

Zusätzliche Stelle für den Kriminalpräventiven Rat - ehemals HP 066

-
- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Zustimmung | <input type="checkbox"/> Ablehnung |
| <input type="checkbox"/> Zustimmung mit Ergänzung | <input type="checkbox"/> Ablehnung, da bereits Verwaltungshandeln |
| <input checked="" type="checkbox"/> Alternativvorschlag | <input type="checkbox"/> Sachstandsbericht |
-

Rechtliche Konsequenzen

Der gemäß Ursprungsantrag gefasste Beschluss wäre

- rechtswidrig und/oder nachteilig für die Stadt Leipzig.
-

Finanzielle Auswirkungen

Mit Beschluss entstehen Folgekosten

- nein ja, siehe Begründung zum Verwaltungsstandpunkt
-

Eingereicht von

Dezernat Umwelt, Ordnung, Sport

Mitwirkend

Dez. Allgemeine Verwaltung

Dez. Finanzen

Datum/Unterschrift

Datum/Unterschrift

Ergebnis der Dienstberatung vom

- bestätigt mit Änderungen bestätigt nicht bestätigt
-

Alternativvorschlag:

1. Die von der Ratsversammlung beschlossene Personalstelle für die Bündelung der Präventionsarbeit im Bereich Graffiti (Nr. RBV-1993/14 vom 19.03.2014) wird beim Kriminalpräventiven Rat der Stadt Leipzig angesiedelt.
2. Weitere Aufgabe dieser Personalstelle ist die Verbesserung der Wirksamkeit des Kriminalpräventiven Rates.

Begründung:

Mit der Ansiedelung der Stelle beim KPR wird der Beschluss der Ratsversammlung vom 19.03.2014, Nr. RBV-1993/14, umgesetzt sowie die allgemeine Präventionstätigkeit des KPR vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Projekts „Polizei.Sachsen.2020“ verbessert.

Der Beschluss der Ratsversammlung vom 19.03.2014, Nr. RBV-1993/14, bezieht sich auf einen Antrag zur Verbesserung der Präventionsarbeit im Bereich Graffiti. In diesem Zusammenhang wurden zwei Änderungsvorschläge mehrheitlich angenommen. Ein Änderungsvorschlag betrifft dabei die Einrichtung einer Personalstelle zur Optimierung und Bündelung der bestehenden Präventionsarbeit im Bereich Graffiti. In der Begründung zu diesen Änderungsvorschlägen wurde einerseits Bezug genommen auf den Verwaltungsstandpunkt des Dezernats Umwelt, Ordnung, Sport sowie andererseits auf die 30. Sicherheitskonferenz des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Leipzig. Aufgrund der Bedeutung des Themas sowie des erkannten Handlungsbedarfs widmete sich die 30. Sicherheitskonferenz des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Leipzig am 3. Dezember 2013 proaktiv ausführlich dem Thema „Graffiti“. Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag dabei bei den Potentialen einer verstärkten Prävention durch legale Graffitigestaltung, u. a. auch durch die Ausweitung von Angeboten freier Flächen unter Berücksichtigung entsprechender Rahmenbedingungen. Mit der Veranstaltung beabsichtigte der KPR, die Wirksamkeit des bislang eher repressiv ausgerichteten Ansatz zu überprüfen.

Bei Graffiti handelt es sich um ein Thema, das eine Vielzahl von Akteuren in Leipzig betrifft (z. B. Wohnungseigentümer, Immobilienverwalter, Polizei, Graffitivereine und -szene, Verkehrsunternehmen, Schulen, Kulturschaffende, Händler, Bürger, Medien).

Für die Stadtverwaltung stellt es ein Querschnittsthema dar. So gab es in der Vergangenheit bereits Präventionsaktivitäten oder Projektförderungen durch eine Vielzahl städtischer Ämter und Beteiligungsgesellschaften (Amt für Stadtgrün und Gewässer, Ordnungsamt, Amt für Jugend, Familie und Bildung, Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung, Stadtplanungsamt, Verkehrs- und Tiefbauamt, Amt für Bauordnung und Denkmalpflege, Kulturamt, LWB, LVB). Hierbei handelte es sich lediglich um eine Aneinanderreihung von Einzelprojekten, deren nachhaltige präventive Wirkung bezweifelt werden muss, wie die stark ansteigende Fallzahlen und Schadenssummen der letzten Jahre aufzeigen. Es wird deshalb als zielführend angesehen, die Koordination bewusst im KPR anzusiedeln, da dort das erforderliche Organisationswissen vorhanden sowie der Zugang zu den unterschiedlichen städtischen Akteuren gewährleistet ist. Dass dies ein erfolgversprechender Ansatz sein kann, zeigen die Erfahrungen der im Rahmen der o. a. Sicherheitskonferenz vorgestellten Aktivitäten der Stadt Augsburg und der dortigen Koordination durch den Kriminalpräventiven Rat.

Die aktuellen Konzepte der sächsischen Polizei zur Änderung der polizeilichen Präventionsstrategie werden unverändert auf der Grundlage deutlicher Stellenreduzierungen weiterentwickelt. Für die Polizeidirektion Leipzig bedeutet dies die Reduzierung von bislang 32 Stellen (Ist-Stand 2011) auf künftig 8 Stellen. In der konkreten Umsetzung ist beispielsweise geplant, auch polizeiliche Präventionsberatungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Etliche Präventionsaktivitäten Vorbeugungsstrategien sollen auf andere Akteure verlagert werden. Das Landeskriminalamt Sachsen weist darauf hin, dass sich die Polizei künftig eher in der Rolle sieht, in Netzwerken „mitzuwirken“. Durch die Vergrößerung der Akteursgruppen kommt dem Kriminalpräventiven Rat der Stadt Leipzig, der gem. Geschäftsordnung als „das Gremium der kommunalen Prävention in Leipzig“ eingerichtet wurde, eine noch stärkere Bedeutung zu.

Ungeachtet dieser Entwicklung wäre bereits aus demografischen Gründen die Verbesserung der Struktur des KPR erforderlich. Leipzig gehört zu den wenigen Großstädten in Deutschland mit starkem Bevölkerungswachstum. Dadurch entstehen auch neue Nutzungs- und Interessenskonflikte. Signalwirkungen ergeben sich bereits aus der Polizeilichen Kriminalstatistik. Seit dem Jahr 2009 steigt die Kriminalität durchgehend an, zuletzt im Jahr 2013 um 2,02 Prozent auf 70.451 Straftaten, und damit auf den höchsten Wert seit dem Jahr 2003.

Die größten Präventionsvorhaben in den Bereichen Wohnungseinbruch und Eindämmung des Fahrraddiebstahls wurden hier bereits auf der Ebene des KPR initiiert und eingeleitet. Die kreisfreie Stadt Leipzig gem. § 64 SächsPolG Kreispolizeibehörde ist und hat damit die gleichen gesetzlichen Aufgaben gem. § 1 SächsPolG zu erfüllen wie der Polizeivollzugsdienst.

Mit der Personstelle soll neben der Koordination im Bereich Graffiti deshalb häufig auch die Präventionstätigkeit des KPR optimiert und weiterentwickelt werden. Der Polizeipräsident der Polizeidirektion Leipzig, Bernd Merbitz, unterstützt die Stärkung des Kriminalpräventiven Rates als Reaktion auf den massiven polizeilichen Stellenabbau der sächsischen Polizei im Allgemeinen und der Polizeidirektion Leipzig im Speziellen.